

**B31neu zwischen Meersburg und Immenstaad –
Pressemitteilung zur Position des Oberbürgermeisters, der
Bürgermeisterin und der Bürgermeister, des Landrats und des
Regionalverbandsdirektors vom 14.05.2020**

Wir, der Oberbürgermeister, die Bürgermeisterin, die Bürgermeister, der Landrat und der Verbandsdirektor der Städte und Gemeinden Friedrichshafen, Markdorf, Meersburg, Immenstaad, Hagnau, Daisendorf, Stetten, des Bodenseekreises und des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben, haben uns bereits in der Vergangenheit zur Qualität des Planungsprozesses für die B31neu zwischen Meersburg und Immenstaad bekannt und akzeptieren die Trassenentscheidung des Bundesministeriums für Verkehr und Digitale Infrastruktur zur Trasse B1 als Ergebnis dieses Verfahrens. Für den weiteren Prozess unterstützen wir diese Trasse als Planungsgrundlage. Wir gehen davon aus, dass der Dialogprozess im weiteren Planungsverlauf fortgesetzt wird.

Wir fordern für den weiteren Planungsprozess folgende Optimierungen:

1. Ausbau der Trasse im Querschnitt 21 Meter, vierstreifig ohne Standstreifen.
2. Optimale Trassenführung und Lärmschutz durch umfangreiche technische Bauwerke (Tunnelführung) in den Bereichen Stetten Süd und Ost sowie Immenstaad Siedlung.
3. Anbindung der B33 Nordöstlich von Stetten durch eine Umgehungsspanne wie in den Plänen dargestellt.
4. Optimale Lärmschutzmaßnahmen für den Bereich Meersburg/Stetten-Roggele.
5. Optimale Trassenführung und Lärmschutz durch technische Bauwerke in den Bereichen Hagnau-Nord / Frenkenbach / Kippenhausen / Reute.
6. Bestmögliche Bearbeitung der Natur- und Artenschutzmaßnahmen im Weingartner Wald.
7. Fairer Ausgleich der betroffenen Flächeninhaber.
8. Zeitnaher Beginn der Planung für die Dimensionierung vierstreifig ohne Standstreifen für den Bereich vom Ausbaubeginn in Meersburg bis zum Parkplatz Wölfele sowie ein zeitnaher Beginn der Planung des Fähranschlusses zwischen Meersburg und dem Parkplatz Wölfele.

Wir werden uns in unseren Gemeinden und der Region dafür einsetzen, diese Punkte als Grundlage für eine Einigung in der Region zu vertreten.